

Vom Senat beschlossene Fassung vom 17. März 2020

Der Senator für Inneres

Bremen, 13.03.2020

L 24

Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 17.03.2020

„FRONTEX-Beteiligung der Bremer Polizei vor dem Hintergrund der humanitären Krise im griechischen Grenzgebiet“

(Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft-Landtag)

A. Problem

Die Fraktion DIE LINKE hat für die Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Wir fragen den Senat:

1. In welchem Umfang sind Beschäftigte der Bremer Polizei gegenwärtig an FRONTEX-Einsätzen in Griechenland oder Bulgarien beteiligt?
2. Wie bewertet der Senat Berichte, wonach sich einige Schiffe im Rahmen der FRONTEX-Mission vor den griechischen Inseln illegalen Push-Back-Befehlen widersetzt haben sollen und welche Kenntnisse hat der Senat über die Anweisung von illegalen Push-Backs?

B. Lösung

Zur Frage 1:

Aktuell sind weder Beschäftigte der Polizei Bremen noch der Ortspolizeibehörde Bremerhaven an Frontex-Einsätzen in Griechenland oder Bulgarien beteiligt.

Zur Frage 2:

Bei Frontex-Missionen ist die Bundespolizei einsatzführend. Bestätigte Kenntnisse zu illegalen Push-Back-Befehlen, denen sich Schiffe im Rahmen der Frontex-Mission vor den griechischen Inseln widersetzt haben sollen, und über die Anweisung von illegalen Push-Backs liegen dem Senat nicht vor.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle/Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Aus der Beantwortung ergeben sich keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Magistrat Bremerhaven abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Nach Beschlussfassung zur Veröffentlichung geeignet.

Nach Beschlussfassung durch den Senat erfolgt die Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister.

G. Beschluss:

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage des Senators für Inneres vom 13.03.2020 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion DIE LINKE in der Fragestunde der Bürgerschaft (Landtag) zu.